

Die französische Fondsgesellschaft **Financière de l'Echiquier** plant, eine Niederlassung in Frankfurt am Main zu eröffnen. Damit will das Unternehmen die Bedeutung des deutschsprachigen Marktes innerhalb seiner europäischen Wachstumsstrategie unterstreichen. Neben dem Hauptsitz Paris unterhält die Gesellschaft eine Niederlassung im italienischen Mailand und plant ein weiteres Büro in Zürich.

Die **Nassauische Sparkasse (Naspa)**, Wiesbaden, wird zu ihrem 175-jährigen Jubiläum im Januar 2015 ihren Markenauftritt von bisher blau-orange auf das Corporate Design der Sparkassen umstellen. haben künftig alle der bundesweit 417 Sparkassen ein einheitliches Erscheinungsbild.

Die **Bayern-LB** legte Mitte Oktober Verfassungsbeschwerde beim österreichischen Verfassungsgerichtshof ein. Die Bank geht damit gegen das österreichische „HAA-Sondergesetz“ (HaaSanG) vor. Sie klagt gegen die Verletzung ihrer Grundrechte. Insbesondere geht es ihr um den Schutz des Rechts auf Unversehrtheit des Eigentums und des Rechts auf Gleichheit vor dem Gesetz.

18 international tätige Großbanken, darunter die Deutsche Bank, haben sich mit neuen Bestimmungen für Derivategeschäfte einverstanden erklärt. Ein neues Protokoll, das der **Finanzstabilitätsrat** FSB und die Derivatevereinigung **International Swaps and Derivatives Association** (ISDA) erarbeitet haben, schränkt bei Standard-Derivatekontrakten zwischen den 18 Finanzinstituten das Recht zum Cross Default sowie zur vorzeitigen Aussetzung eines Finanzkontraktes befristet ein, wenn einer der beiden Vertragspartner in seinem Heimatland Gegenstand von Abwicklungsmaßnahmen ist. Cross-Default-Klauseln ermöglichen es Gläubigern, eine Forderung sofort und fristlos fällig zu stellen, wenn die Gegenpartei ihren Verpflichtungen aus anderen Verträgen nicht fristgerecht und im vollen Umfang nachkommt.

Der Versicherer **Hanse Merkur Holding AG**, Hamburg, wird sich mehrheitlich an der **CSS Versicherung AG**, Vaduz, beteiligen. Die Liechtensteiner Tochtergesellschaft der Schweizer CSS Versicherungsgruppe bietet derzeit Krankenzusatzversicherungen für Mitglieder gesetzlicher Kassen in Deutschland an. Im Bestand sind derzeit rund 150.000 Verträge. Das Produktportfolio be-

## 9. Oktober 2014 bis 27. Oktober 2014

steht zu 90 Prozent aus Zahnbehandlungs- und Zahnersatzversicherungen. Der deutsche Erstversicherer will sich damit im Rahmen seiner Internationalisierungsstrategie einen Zugang zum Schweizer Markt eröffnen. Mit 1951 Angestellten und selbstständigen Agenturhabern erwirtschaftete die Hanse Merkur im Jahre 2013 einen Jahresumsatz von 1,6 Milliarden Euro und verfügt über einen Kapitalanlagebestand von 5,3 Milliarden Euro. Hauptsparte des Unternehmens ist mit einem Beitragsvolumen von 1,1 Milliarden Euro die private Krankenversicherung.

Die **Volkswagen Financial Services AG** bietet über eine Tochtergesellschaft seit Oktober dieses Jahres Fahrzeugfinanzierungen und -versicherungen in **Malaysia** an. Zudem sind auch Finanzdienstleistungen im Sinne des Islamic Banking im Angebot. Der Finanzdienstleister ist damit nun weltweit in 50 Märkten aktiv.

Das französische Brokerhaus **Oddo & Cie** Paris, übernimmt die **Close Brothers Seydler Bank AG**, Frankfurt am Main, von der Londoner Close Brothers Group Plc für 46 Millionen Euro. Die Bank wird zukünftig unter dem Namen Oddo Seydler firmieren. Die Close Brothers Seydler Bank ist Spezialist im Parketthandel rund um den Mittelstand. Sie betreibt Aktien- und Anleihenhandel, berät bei IPOs, Kapitalerhöhungen sowie Anleiheemissionen und ist als Designated Sponsor für 230 Unternehmen aktiv. Der jährliche Umsatz des Unternehmens beläuft sich auf knapp 40 Millionen Euro. Die Oddo Group ist in Deutschland bisher mit ihrer Investmentfonds-Sparte Oddo Asset Management vertreten, die ein Büro in Frankfurt am Main betreibt. Daran anknüpfend, will das Unternehmen über Oddo Seydler in Deutschland künftig sein gesamtes Dienstleistungsspektrum im Bereich Investmentbanking anbieten. Die Übernahme muss noch durch die Behörden genehmigt werden, sie soll bis Januar kommenden Jahres abgeschlossen werden.

Die **Europäische Kommission** verabschiedete im Oktober Regeln für die Berech-

nung der Beiträge, die Banken in die nationalen **Abwicklungsfonds** beziehungsweise den einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds einzahlen müssen. Es wurde festgelegt, dass die Berechnung in zwei Schritten erfolgt: Zunächst wird ein fixer Beitragsbestandteil festgelegt, der auf der Grundlage der Verbindlichkeiten des Instituts (ohne Eigenmittel und garantierte Einlagen) ermittelt wird und als Ausgangspunkt für die Festsetzung des Beitrags dient: je größer die Bank, desto höher der fixe Bestandteil des Beitrags; dann erfolgt eine Anpassung des Grundbeitrags an das vom jeweiligen Institut ausgehende Risiko. Der Vorschlag enthält eine Reihe von Risikoindikatoren, anhand deren der Risikograd jedes Instituts bewertet wird. Eine Pauschalregelung für kleine Banken soll auch dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung tragen. Der einheitliche Abwicklungsfonds wird über die Beiträge der Banken im Laufe einer Übergangszeit von acht Jahren aufgebaut, während der er sich aus nationalen Teilfonds zusammensetzt. Der nun vorgelegte delegierte Rechtsakt unterliegt einem Widerspruchsrecht des Rates und des Parlaments, dessen Geltungsdauer drei Monate beträgt und um weitere drei Monate verlängert werden kann.

Die österreichische Bank Bawag P.S.K. hat ihre Fondstochter **Bawag P.S.K. Invest** an den Vermögensverwalter **Amundi** veräußert und gleichzeitig mit diesem eine Kooperation zum Vertrieb der Fondsprodukte vereinbart. Bawag gehört seit dem Jahr 2007 dem Finanzinvestor Cerberus. Amundi befindet sich im Besitz der französischen Großbanken Crédit Agricole und Société Générale. Die Bawag-Tochter managte zur Jahresmitte 2014 insgesamt 78 Publikumsfonds und Fonds für institutionelle Anleger mit einem Fondsvolumen von rund 4,6 Milliarden Euro. Amundi verwaltet weltweit ein Vermögen von etwa 800 Milliarden Euro.

Die **Europäische Zentralbank** hat am 26. Oktober die Ergebnisse des **Comprehensive Assessment** veröffentlicht. Bei dem EU-weiten Stresstest zum Stichtag 31. Dezember 2013 genügten 25 Kreditinstitute nicht den Anforderungen. Bei diesen Banken stellte die EZB ebenfalls stichtagsbezogen auf das Jahresende 2013 insgesamt einen Kapitalbedarf von rund 25 Milliarden Euro fest (siehe auch Leitartikel und Gespräch des Tages).